

## AUS DEM GEMEINDERAT GLASHÜTTEN

**Kneipp-Anlage:.** Enttäuscht zeigte sich der Gemeinderat über die Fördergeldabsage der Regierung von Oberfranken für öffentliche touristische Infrastruktureinrichtungen aus dem Sonderprogramm der bayerischen Staatsregierung für Kneipp-Becken. Die Gemeinde hatte einen Antrag für Zuschüsse zum Bau eines Kneipp-Beckens im Bereich des Kreislehrgartens gestellt. In dem Ablehnungsschreiben der Regierung heißt es, dass das zuständige bayerische Wirtschaftsministerium nach Ablauf der Antragsfrist für ganz Bayern 1,5 Millionen Euro bereitgestellt habe. Von der für Oberfranken zur Verfügung stehenden Summe von 180 000 Euro konnten bei einem Antragsvolumen von 288 000 Euro nur 15 der 21 eingegangenen Anträge bezuschusst werden. Die Priorisierung erfolgte in erster Linie, so die Regierung, für Kurorte, Heilbäder oder anerkannte Erholungsorte. Aus solchen Orten gingen 13 Anträge ein. Derzeit sei noch keine Aussage möglich, ob zusätzliche Mittel für die nicht berücksichtigten Vorhaben bereitgestellt werden. Deshalb wird der Antrag der Gemeinde Glashütten vorerst zurückgestellt. Auslöser für das Sonderprogramm des

Freistaates Bayern ist der runde Geburtstag von Pfarrer Sebastian Kneipp, der sich 2021 zum 200. Mal jährt. Bürgermeister Sven Ruhl (AFW) hat die Bemühungen um ein Kneipp-Becken im Ort aber noch nicht abgehakt. Vielmehr strebt die Kommune finanzielle Mittel aus dem Regionalbudget der Ile Rund um die Neubürg zur Förderung von Kleinprojekten an. Darüber könnten 10 000 Euro für die Finanzierung der Kneipp-Anlage fließen. Die Kosten für das Projekt bezifferte der Bürgermeister auf 16 000 Euro. Einstimmig wurde die Umsetzung beschlossen und der Bürgermeister beauftragt, eine Vereinbarung mit der Ile abzuschließen.

**Elternbeitragsersatz:** Die Gemeinde wird sich vorerst nicht an den für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen von Eltern aufzubringenden Beiträgen in Höhe von 30 Prozent beteiligen. Dies beschloss der Gemeinderat einstimmig. Der Beitragssatz beträgt für Krippenkinder 300, für Kindergartenkinder 50 und für Hortkinder 100 Euro. Jeweils 70 Prozent davon trägt der Freistaat. Für die Gemeinde würden, so Bürgermeister Ruhl, für ein Krippenkind 90, für ein Kindergar-

tenkind 15 und für ein Hortkind 30 Euro anfallen. Hintergrund ist eine Entscheidung der bayerischen Staatsregierung vom 26. Januar, wonach der Freistaat wegen Corona für Januar bis März 2021 bei den Elternbeiträgen für Entlastung sorgt. Aktuell würden für die Kommune für Januar und Februar 2300 Euro anfallen. Der Gemeinderat war der Ansicht, dass die Vorgehensweise nicht nachzuvollziehen sei, da die Regierung die Schließung der Kindertagesstätten vorgegeben habe und somit auch die Kosten voll zu tragen habe. Vereinbart wurde allerdings eine erneute Prüfung durch den Gemeinderat für den Fall, dass der 30-Prozent-Anteil letztlich zulasten der Eltern gehen sollte.

**Antrag abgelehnt:** Der Gemeinderat lehnte einstimmig einen Antrag von Anja Küffner für den Neubau eines Austragshauses mit zwei Doppelgaragen an der Kreisstraße Richtung Frankenhaag ab. Ein Austragshaus setze einen Betrieb für Land- oder Forstwirtschaft voraus. Das sei nicht der Fall. Der Tenor im Gremium: Das Grundstück liege im bauplanerischen Außenbereich, sodass einer Erschließung nicht zugestimmt werden könne. dj